

## GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

Projekt Parkplatzbewirtschaftungskonzept Bewilligung des Kredites  
Erhöhung des Stellenetats um 25-Stellenprozente

P2.9.3

### Ausgangslage

Mit Beschluss vom 2. April 2012 hat der Gemeinderat die Verordnung für das Parkieren auf öffentlichem Grund und auf Liegenschaften im Eigentum der Stadt (Parkierungsverordnung) erlassen. Die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung für das Parkieren auf öffentlichem Grund und auf Liegenschaften im Eigentum der Stadt (Parkgebührenverordnung) hat der Stadtrat mit Beschluss Nr. 2012-013 vom 10. Januar 2012 erlassen.

Bereits beim Antrag der Parkierungsverordnung und der Parkgebührenverordnung wurden die Kosten erfasst und die prognostizierten Erträge dem Gemeinderat und der Geschäftsprüfungskommission transparent gemacht.

Im Finanzplan wurde ein Betrag von CHF 612'000 in der Investitionsrechnung, Konto-Nr. 345.5010.100, eingestellt. Aufgrund der Projektentwicklung ist jedoch effektiv von einem Gesamtbetrag von CHF 520'000 auszugehen. Kredite von CHF 400'000 bis 3'000'000 liegen gemäss Art. 35 GO in der Kompetenz des Gemeinderates.

Wie bereits im GR-Beschluss vom 2. April 2012 erwähnt, muss der Personalaufwand für die Bewirtschaftung bei den Bevölkerungsdiensten (heute ca. 25%-Stellenaufwand) erhöht werden. Für die flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung wird, wie in den Ausführungen für die Geschäftsprüfungskommission dargelegt, von einer Erhöhung des Stellenetats Bevölkerungsdienste um 25% ausgegangen. Das Mengengerüst der Bezüger von Parkbewilligungen in der Blauen Zone wird deutlich erhöht werden. Hinzu kommt neu die Bewirtschaftung für die städtischen Mitarbeitenden und die Lehrerschaft. Aufgrund der in den letzten Monaten erfolgten Anfragen zum Parkplatzbewirtschaftungskonzept ist insbesondere von einem hohen Bedarf an Information für die Bevölkerung und einzelnen Kunden auszugehen. Um die Umsetzung des Konzeptes professionell vorzubereiten und zu realisieren, werden daher zusätzliche Personalressourcen in der Höhe von 25-Stellenprozente beantragt. Ziel bleibt, die Bewirtschaftung via Parkingcard (Internetbasis) soweit als möglich extern zu verlagern. Wir gehen aber davon aus, dass auch wegen des persönlichen Informationsbedarfs der Bevölkerung ein entsprechender Ressourcenbedarf bei den Bevölkerungsdiensten erforderlich ist.

### Erwägungen der GPK

Die Geschäftsprüfungskommission ist nach eingehender Prüfung dieses Geschäfts der Ansicht, dass dem Kredit zur Umsetzung der Parkierungsverordnung zugestimmt werden kann. Auch hat der Gemeinderat am 2. April 2012 der Verordnung zugestimmt, in welchem die Zahlen ausgewiesen waren. Zudem ist der Kredit zur Umsetzung des Konzeptes notwendig.

Dem Antrag zur Erhöhung der Stellen in den Einwohnerdiensten um 25%, kann die GPK nicht zustimmen. Dass durch die Umsetzung, wie auch durch die Bewirtschaftung der neu geschaffenen Parkierungsverordnung ein Stück Mehrarbeit auf die EWD zukommt, ist der GPK durchwegs klar. Die GPK ist jedoch der Ansicht, dass die aktuellen Begründungen zur Rechtfertigung einer zusätzlichen 25% Stelle nicht ausreichend sind. Da diese anfangs lediglich mit der Ausgabe und der Verarbeitung von blauen Zone Karten begründet werden. Auch die am 12. September 2012 eingereichten Ergänzungen zum Antrag des Stadtrates vom 26. Juni 2012, vermag die Meinung der GPK nicht zu ändern. Die GPK kann sich bei bestem Willen nicht vorstellen, dass solche Mehrarbeiten zum heutigen Zeitpunkt eine 25% Stelle rechtfertigen. Die GPK ist deshalb der Ansicht, dass diese Erhöhung nochmals überdenkt werden sollte, um den tatsächlich entstehenden Mehraufwand, während der Umsetzung des Konzeptes realistisch aufnehmen und einschätzen zu können. Bis dahin könnte eine Pensum Erhöhung durch den Stadtrat provisorisch bewilligt werden, wie dies auch bis anhin Usus war.



## Antrag

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Gemeinderat einstimmig mit 7:0 Stimmen, dem Kredit im Antrag des Stadtrats P2.9.3 zur Umsetzung des neuen Parkplatzkonzepts zuzustimmen.

Hingegen beantragt die Geschäftsprüfungskommission dem Gemeinderat einstimmig mit 7:0 Stimmen, der Erhöhung der Stellen in den Einwohnerdiensten um 25% im Sinne der Erwägungen nicht zuzustimmen.

Referent: Benjamin Baumgartner

Der Präsident

  
Tan Birlesik

Der Aktuar

  
Benjamin Baumgartner

Opfikon, 14. September 2012

